

**Stadt Haan**  
Niederschrift über die  
**3. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan**  
am Donnerstag, dem 18.03.2010 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
19:30

**CDU-Fraktion**

Stv. Marlene Altmann

AM Ernst Dörfler

AM Peter-Christian Felgenhauer

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

AM Miriam Skroblies

Vertretung für Stv. Meike Lukat

**SPD-Fraktion**

AM Juliane Eichler

AM Peter Küpper

Stv. Wilfried Pohler

Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Michael Schneider  
Vorsitz

**FDP-Fraktion**

Stv. Philip Daniel

Stv. Patrick Sobbe

**GAL-Fraktion**

AM Silvia Ramsel

Stv. Elke Zerhusen-Elker

**UWG-Fraktion**

AM Elisabeth Cordts

**Die Linke**

AM Nelson Janßen

**Verwaltung**

Beigeordnete/r Dagmar Formella

**Schriftführer**

Herr Udo Thal

**Der Vorsitzende Bernd Stracke** eröffnet um 17:00 Uhr die 3. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**1./ Bürgerantrag: Schaffung eines Integrations- und Kooperationsbeirates;  
(siehe auch Vorlage: 10/002/2009)  
Vorlage: 51/012/2010**

---

**Protokoll:**

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Entsprechend dem Wunsch aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses sei beabsichtigt gewesen, heute die Erfahrungen von Herrn Sahler vom Caritasverband für den Kreis Mettmann zu hören, leider sei er terminlich verhindert.

Er richtet die Frage an die Fraktionen, ob diese in der Lage seien, heute eine Beschlussempfehlung zu fassen.

Stv. Mentrop führt aus, seine Fraktion habe sich mit dem Thema intensiv auseinander gesetzt, auch mit den von der Vertreterin und den Vertretern anderer Städte in der letzten Sitzung des Sozialausschusses vorgetragenen Erfahrungen. Man wolle kein Gremium installieren, welches von den Menschen mit Migrationshintergrund selbst nicht eingefordert werde. Hier in Haan stünde kein entsprechender Verein bzw. keine entsprechende Organisation als Ansprechpartner zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage bzw. Finanzsituation werde die Bereitstellung einer für die Arbeit dann erforderliche Personalressource in der Verwaltung als problematisch betrachtet.

Stv. Pohler verdeutlicht, seine Fraktion halte mittelfristig die Einsetzung eines Integrationsrates für erforderlich. Bis dahin könne darüber nachgedacht werden, mit einer Zwischenlösung zu arbeiten. Auch in Haan würden viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Auch gäbe es in Haan bereits Initiativen, z. B. durch einen in Haan tätigen Wohnungsträger und die Haaner Sportvereine. Hier seien Kooperationen möglich.

Seitens der Stadt müsse die Arbeit nicht mit hohem finanziellen Aufwand betrieben werden. Vorhandenes solle koordiniert und genutzt werden, um Verbesserungen für die betroffenen Menschen zu erreichen. Beispielhaft führt er die Situation der Hauptschule an und erklärt, Kinder müssten bereits sehr frühzeitig in den Kindertageseinrichtungen stärker gefördert werden.

Er schlage vor, einen „Runden Tisch“ einzurichten unter Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund und auf diesem Wege die Teilnahme am nächsten allgemeinen Termin für die Wahl der Integrationsräte vorzubereiten. Der „Runde Tisch“ könne vorbereitet werden über Ansprechpartner/innen in den vorhandenen Einrichtungen, wie z. B. die Schulen und Kindertageseinrichtungen.

---

AM Janssen erklärt, auch in Haan werde ein Integrationsrat gebraucht. Er betrachte es als politische Aufgabe, auf die Menschen mit Migrationshintergrund zuzugehen sowie diesen Menschen Einfluss zu geben und sie in die Gesellschaft einzubinden. Auch wenn zur Zeit kein Migranten-Verein als Ansprechpartner zur Verfügung stehe, könne über Haaner Vereine und Einrichtungen Kontakt gefunden werden.

AM Ramsel führt aus, auch ihre Fraktion halte nach intensiver Beratung die Einrichtung eines Integrationsrates für erforderlich. In Haan befinde sich die Integrationsarbeit auf einem niedrigen Level. Sofern eine Wahl kurzfristig nicht umsetzbar sei, halte sie die Einrichtung eines „Runden Tisches“ für den richtigen Zwischenschritt.

Stv. Daniel erklärt, seine Fraktion schließe sich den eingangs gemachten Ausführungen des Vertreters der CDU-Fraktion an. Er sei nicht gegen die Einrichtung eines „Runden Tisches“, möchte dies jedoch nicht als ständiges Gremium eingerichtet sehen, sondern zunächst einmalig zum Sammeln von Erfahrungen.

Bgo. Formella erläutert, es bestünden erhebliche Handlungsbedarfe, auch um die bereits stattfindende Arbeit zu stärken. Im Hinblick auf die Finanzsituation der Stadt könne die notwendige Arbeit nur über Förderprojekte geleistet werden, z. B. in Zusammenarbeit mit dem Kreis durch „KOMM-IN“ geförderte Maßnahmen. Die Besetzung der im Stellenplan 2009 für Integrationsarbeit eingerichteten Teilstelle sei vor dem Hintergrund der Haushaltslage in 2009 gesperrt worden. Auch für die Vorbereitung und Begleitung eines „Runden Tisches“ müsse diese Personalressource freigegeben werden. Sie werde dies in den Haushalt- bzw. Stellenplanberatungen 2010 ansprechen.

Der Vorsitzende führt aus, nach Auffassung der Verwaltung sei man, da keine rechtliche Verpflichtung nach der Gemeindeordnung zur Wahl eines Integrationsrates bestehe, in den Rahmenbedingungen und zeitlichen Abläufen frei.

Er weist darauf hin, an der Leitbilddiskussion habe sich eine größere Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund beteiligt. Wenn man sich hier auf die Einberufung eines „Runden Tisches“ verständigen könne, halte er es für richtig, auch Migrantinnen und Migranten einzuladen.

Stv. Mentrop erklärt, der Einberufung eines „Runden Tisches“ stehe er positiv gegenüber. Die Vorträge in der Sitzung des Sozialausschusses am 27.01. hätten jedoch verdeutlicht, wie schwierig es in anderen Städten gewesen sei, Mitwirkende zu finden.

Der Vorsitzende führt aus, vor dem Hintergrund der am 27.01. in den Vorträgen erwähnten niedrigen Wahlbeteiligungen halte er die Zusammenlegung der Wahl zu einem Integrationsrat mit der Kommunalwahl für das geeignete Mittel, um eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Allerdings halte er es für richtig, jetzt ein politisches Zeichen zu setzen und nicht auf die Vorlage der gesetzlich vorgesehenen 200 Unterschriften zu warten und damit zum Handeln gezwungen zu werden.

Bgo. Formella formuliert folgende Beschlussempfehlung:

Der Sozialausschuss empfiehlt, einen "Runden Tisch" einzuberufen sowie im Rahmen der Haushalts- und Stellenplanberatungen 2010 die im Stellenplan 2009 ausgewiesene 1/3-Stelle für Integrationsaufgaben zur Besetzung freizugeben. Diese Res-

---

source ist auch für die Begleitung des "Runden Tisches" einzusetzen.

Stv. Daniel empfiehlt, in der Beschlussempfehlung keine Verknüpfung mit einer Personalfrage vorzunehmen. Die Beschlussempfehlung solle beinhalten, ein „Runder Tisch“ werde erstmal einmalig einberufen, danach sei Weiteres zu prüfen.

Stv. Sobbe hinterfragt, was mit der angesprochenen Stelle geschehe, wenn der „Runde Tisch“ erfolglos bliebe.

Bgo. Formella weist im Zusammenhang mit der Personalfrage nochmals auf die Notwendigkeit hin, Maßnahmen als Förderprojekte durchzuführen. Weiter begründet sie, Integrationsarbeit durch die Stadt fände zur Zeit nicht statt, wenn ein Einstieg gelingen sollte, erfordere dies auch Netzwerkarbeit. Über Integrationsarbeit hinaus solle nach dem jetzigen Stand in der angesprochenen in 2009 eingerichteten Vollzeitstelle auch die Betreuung des Seniorenbeirats und des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten angesiedelt werden. Auch hierfür stehe zur Zeit keine Personalressource zur Verfügung.

Sie halte die Einberufung eines „Runden Tisches“ für einen guten Weg, auch um die gute Arbeit in Haan-Ost weiter voran zu bringen, z. B. mittels Förderprojekte. Nicht verhehlen wolle sie, dass im Rahmen der Haushaltssicherung eine strenge Abwägung erfolgen müsse.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt, einen "Runden Tisch" einzuberufen sowie im Rahmen der Haushalts- und Stellenplanberatungen 2010 die im Stellenplan 2009 ausgewiesene 1/3-Stelle für Integrationsaufgaben zur Besetzung freizugeben. Diese Ressource ist auch für die Begleitung des "Runden Tisches" einzusetzen.

## **2./ Bürgerantrag: Einführung einer Ehrenamtcard; Stellungnahme der Verwaltung Vorlage: 10/035/2009/1**

---

### **Protokoll:**

Bgo. Formella erläutert die Vorlage und das bisherige Verfahren zur Ehrung der Menschen in ehrenamtlichen Tätigkeiten. Sie führt aus, dass bei positiver Beschlussfassung über den Bürgerantrag erheblicher und nicht zu leistender Aufwand für die Verwaltung entstehe.

Die Finanzierung und somit die Fortführung bisheriger Veranstaltungen sei in den

---

Haushaltsberatungen zu betrachten. Sie halte den Dialog darüber, was künftig möglich sei, für wichtig; dies nicht nur bezogen auf den Sport, sondern auch für andere Vereine und Verbände.

AM Küpper regt an darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten entwickelt werden könnten, Jugendliche dem Ehrenamt näher zu bringen. Auch sei zu bedenken, welche Auswirkung durch die angekündigte Reduzierung der Zivildienstzeit auf 6 Monate entstehe.

Stv. Mentrop führt aus, die vom Land eingeführte Ehrenamtskarte weise mit der geforderten Stundenzahl eine hohe Maßlatte auf.

Die Würdigung und Förderung des Ehrenamtes halte er für wichtig. Die Einführung einer Ehrenamtskarte entsprechend dem Bürgerantrag ziehe jedoch einen zu hohen Aufwand nach sich, z. B. für die Sponsorsuche. Er plädiere dafür, die bisherigen Veranstaltungen weiter zu führen und schlage einen kürzeren Abstand, z. B. zwei Jahre, vor. Diese Veranstaltungen fänden bei den ehrenamtlich Tätigen guten Anklang. Er halte es für richtig, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses Informationen z. B. aus Velbert zu hören.

AM Janssen erklärt, in vielen Städten gäbe es unterschiedlichste Modelle. Er könne sich gut vorstellen, auch Sponsoren im Einzelhandel zu finden. Die Würdigung des Ehrenamtes betrachte er auch als Thema des Stadtmarketings. Den Vorschlag, im Sozialausschuss Informationen aus anderen Städten zu erhalten, unterstütze er.

Stv. Pohler erläutert, Ziel sei, das Ehrenamt zu fördern und Anreize zu schaffen für das Engagement. Für ihn stelle sich die Frage, wie günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten. In diesem Zusammenhang habe seine Fraktion mal das „Haus der Vereine“ angeregt. Dies käme auch den Vereinen zu gute, die immer wieder Raum-Probleme hätten.

Vor einer abschließenden Beschlussfassung seien noch Fragen zu klären. In Haan gäbe es eine Familienkarte, es dürfe nicht zu einer „Karten-Inflation“ kommen. Systemisch sei z. B. denkbar, dass keine personenbezogene Ehrenamtskarte ausgegeben werde, sondern Vereinen und Verbänden für verdiente Ehrenamtliche Karten z. B. für rabattierte Eintritte zur Verfügung gestellt würden.

Stv. Morwind betont, die Wertschätzung sei wichtig, der geldliche Vorteil stehe hierbei nicht im Vordergrund.

Stv. Sobbe führt aus, für das Gemeinwesen habe das Ehrenamt eine hohe Bedeutung und sei mit Wertschätzung zu versehen. Vor dem Hintergrund der vielen und wichtigen Problemstellungen sei es jedoch nicht zu rechtfertigen, für die Sache eine Personalressource zu binden. Er schlage vor, für die nächste Sitzung des Sozialausschusses auch Informationen aus Hilden zu erhalten.

Der Sozialausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, Vertreter/innen der Städte Hilden und Velbert für die nächste Sitzung des Sozialausschusses einzuladen, um weitergehende Informationen zu erhalten.

---

**Beschluss:**

- ohne -

**3./ Betreuungsmanagement; Mündlicher Bericht des Caritasverbandes für den Kreis Mettmann**

---

**Protokoll:**

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Vertreter des Caritasverbandes für den Kreis Mettmann, die Herren Rasch, Gärtner und Goldbrunner. Er erteilt Herr Gärtner für eine Präsentation das Wort (siehe Anlage 1).

Der Vorsitzende dankt nach Abschluss der Präsentation für den Vortrag und stellt die gute Bilanz der Arbeit heraus.

Stv. Daniel bittet um Auskunft, ob es bei den in Wohnungen vermittelten Personen inzwischen erneute Kündigungen geben habe, Personen in Obdachlosenunterkünfte zurück gekehrt seien und wie hierzu die Einschätzung für die Zukunft sei.

Herr Gärtner führt aus, bezogen auf die in Wohnungen vermittelten Personen habe es bisher keine Kündigung gegeben. Für die Zukunft könne er dies jedoch nicht ausschließen. Auf Grund seiner Erfahrungen könne er jedoch sagen, mit hoher Wahrscheinlichkeit würden allenfalls wenige Personen hiervon betroffen sein.

Stv. Mentrop erklärt, es sei der richtige und ein erfolgreicher Weg beschritten worden. Er bitte um Mitteilung, ob bei Wohnungsverlust immer erst eine Unterbringung in einer Unterkunft erfolge, oder auch eine Wohnungsvermittlung ohne diesen Zwischenschritt möglich sei.

Herr Gärtner erläutert, die Unterbringung in einer Unterkunft sei regelmäßig notwendig, wenn eine akute Notlage bestehe oder die Zwangsräumung bereits erfolgt sei. In anderen Fällen gelinge es oft, Zwangsräumungen abzubiegen oder auch eine Wohnungsvermittlung ohne Zwischenschritt zu erreichen.

Stv. Pohler führt aus, der Vortrag habe die umfangreiche Arbeit deutlich gemacht, diese müsse hoch geschätzt werden. Hinsichtlich der Flüchtlinge bitte er um Auskunft, ob es sich bei den im Bericht aufgeführten Zugängen nur um neue Zuweisungen, oder auch um Umverteilungen handele.

Herr Gärtner antwortet, es habe einige Zuweisungen gegeben, Umverteilungen seien nicht erfolgt.

StOVR Thal ergänzt, die Verwaltung habe mit dem Caritasverband und den dort handelnden Personen einen hoch professionellen Partner gefunden. Dies habe der Verwaltung die Möglichkeit geben, verwaltungsintern die Aufgabenerfüllung anders bzw.

---

neu zu strukturieren und die Vermeidung von Obdachlosigkeit mit besonders hoher Priorität zu versehen. Die Arbeit des Sozialen Dienstes und des zuständigen Sachbearbeiters bei der Stadt erfolge Hand in Hand mit dem Caritasverband.

Stv. Formella berichtet, der Stadt stehe an der Gräfrather Str. ein Doppelhaus zur Verfügung, dieses werde demnächst - voraussichtlich ab Mai 2010 - für Übergangslösungen, z. B. um Personen auf das Leben in einer eigenen Wohnung vorzubereiten, genutzt werden.

Seitens der Verwaltung bestehe der Wunsch, diese gute und erfolgreiche Arbeit fortzusetzen, besonders unter dem Aspekt der Prävention und Nachhaltigkeit.

Sie kündigt an, dass sie als Kämmerin auch auf der Basis der heutigen Berichterstattung durch die Caritas und anschließender Beratung die erforderlichen Haushaltsmittel für die Fortsetzung des Vertrages mit der Caritas um ein Jahr in den Haushaltsplanentwurf aufnehmen werde.

### **Beschluss:**

- ohne -

## **4./ Leitbild der Stadt Haan - Einbringung**

**Vorlage: 51/013/2010**

---

### **Protokoll:**

Bgo. Formella unterbreitet für das weitere Verfahren einen Vorschlag.

Das von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitete und hier vorliegende Papier könne unterteilt werden nach dem bereits als Arbeitsgrundlagen Existierenden sowie nach dem zwingend im Leitbild Aufzunehmenden. Nach entsprechender Beratung in den Fraktionen könnten diese der Verwaltung ihre Vorstellungen anreichen, die Verwaltung werde dann eine entsprechende Aufbereitung vornehmen.

Stv. Mentrop führt aus, um möglichst zügig voran zu kommen, sollten die Punkte, die bereits „gelebt“ werden, abgehakt werden und im Leitbild verbleiben. Herauszufinden seien die strittigen Punkte bzw. Fragen. Allerdings dürfe das Leitbild nicht so überfrachtet sein, wie der vorliegende Entwurf.

Stv. Pohler erklärt, man könne entsprechend dem Vorschlag verfahren.

Ihm fehle jedoch eine gute Klammer, die das Gesamtwerk zusammenhalte. Aussagen des Entwurfs seien als Klammer wenig aussagekräftig im Sinne von Handlungsanweisungen. Zu überprüfen seien die Zuordnungen der Themen zu den Ratsausschüssen.

AM Janssen führt aus, er betrachte Teil A des vorliegenden Entwurfs als Klammer, als allgemeine Leitlinien, die durch Teil B detaillierte Ausführungen erhielten.

Stv. Sobbe erläutert, die Erstellung einer Prioritätenliste in den Fraktionen sei richtig. Um- bzw. Neuformulierungen müssten wohl eher als Rückschritt betrachtet werden.

---

Stv. Daniel hält den Vorschlag von Bgo. Formella für pragmatisch.

Der Vorsitzende führt aus, das vorliegende Papier sei ein von Teilen der Bürgerschaft verabschiedetes Leitbild und an den Rat zur Beschlussfassung herangetragen worden. Klar müsse sein, dass die Diskussion hierüber auch zu Veränderungen führen könnten. Deutlich benannt werden müsse, was nicht umsetzbar sei. Ggf. müsse auch gesagt werden können, wenn das vorliegende Leitbild ungeeignet sei.

Bgo. Formella fasst zusammen.

Die Rückmeldungen aus den Fraktionen würden deutlich machen, welche Punkte klar seien und wo Änderungsbedarfe sich ergäben bzw. Neuformulierungen erforderlich würden.

Darauf hinweisen möchte sie, dass für das Handeln der Verwaltungsmitarbeiter/innen eine Art Leitbild nicht existent und nicht diskutiert worden sei.

Der Sozialausschuss verständigt sich einvernehmlich auf das von Bgo. Formella vorgeschlagene Verfahren. Den Fraktionen wird das vorliegende Papier online zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird die Rückläufe aus den Fraktionen für die nächste Sitzung des Sozialausschusses aufbereiten.

### **Beschluss:**

- ohne -

## **5./ Beantwortung von Anfragen**

---

### **Protokoll:**

Stv. Pohler, bittet die Verwaltung um Auskunft , ob es in der ARGE-Geschäftsstelle Haan personelle Engpässe gäbe und diese wegen der ungeklärten Rechtssituation nicht beseitigt würden.

Bgo. Formella antwortet, wegen des zurückgeholten städtischen Personals habe der Geschäftsführer der ARGE ME-aktiv Probleme nicht ausgeschlossen. Soweit Informationen vorliegen, werden sie zur Niederschrift bzw. per Mail geben.

Zu den Anfragen von AM Küpper aus den beiden letzten Sitzungen des Sozialausschusses führt StOVR Thal aus, nach einer weiteren Prüfung sei ihm von der in der Verwaltung zuständigen Stelle mitgeteilt worden, es habe vor Ort mit einem städtischen Mitarbeiter ein Gespräch bzgl. eines barrierefreien Geschäftszugangs gegeben. Der Zugang führe über eine mehrstufige Treppe, eine barrierefreie Rampe sei wegen der dann umfangreichen Inanspruchnahme des öffentlichen Verkehrsraumes nicht möglich gewesen. Die jetzige Lösung sei mit dem Geschäftsinhaber und beauf-



---

trugen Architekten einvernehmlich gewesen.

AM Küpper wirft ein, es handele sich nicht um eine einvernehmliche Lösung.

**Beschluss:**

- ohne -

**6./ Mitteilungen**

---

**Protokoll:**

- Keine –

Vor Schließen des öffentlichen Teils der Sitzung führt der Vorsitzende aus, in gewisser Regelmäßigkeit sollten Berichte durch den Senior(inn)enbeirat sowie ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten auf Tagesordnungen für Sitzungen des Sozialausschusses gesetzt werden.

**Beschluss:**

- ohne -